

30. September 2005, Neue Zürcher Zeitung

## Aeppli will die Weiterbildung umpflügen

### Kein Geld mehr für Sprachkurse und Allgemeinbildung

**Bildungsdirektorin Regine Aeppli will das Weiterbildungsangebot des Kantons einer Reform unterziehen. Kurse in Allgemeinbildung und Sprachen sollen vom Kanton nicht mehr finanziert werden. Bei den übrigen Kursen sollen die privaten Anbieter gleiche Bedingungen erhalten wie die staatlichen Schulen.**

für. Das Engagement des Kantons in der Weiterbildung ist heute kaum zu durchblicken. Einerseits spricht er Beiträge an über 20 nichtstaatliche Schulen in der Höhe von total 4 Millionen Franken. Andererseits führt er an Berufsschulen selbst eine Fülle von Kursen für Erwachsene durch, deren Aufwand und Ertrag oft nicht genau ausgewiesen werden können. Flaggschiff ist die kantonale Berufsschule für Weiterbildung EB Zürich mit jährlich 16 000 Teilnehmern. Die Kurse dort werden zu Preisen angeboten, die zum Teil massiv unter den üblichen Marktpreisen privater Schulen liegen. Diese Wettbewerbsverzerrung ist nicht nur mit dem neuen eidgenössischen Berufsbildungsgesetz unvereinbar, sondern kostet den Kanton auch einiges. Die Defizite der EB Zürich betragen in den letzten Jahren zwischen 9,7 und 11,7 Millionen Franken (NZZ 21. 9. 05).

Bildungsdirektorin Regine Aeppli will dies nun ändern, wie sie am Donnerstag der NZZ sagte. Bei der bevorstehenden Einführung des eidgenössischen Berufsbildungsgesetzes im Kanton sei zu entscheiden, welche Kurse noch als Staatsaufgabe gälten und daher subventioniert würden und welche nicht. Zwei wesentliche Änderungen sieht Aeppli vor. Erstens soll ein grosser Teil der Kurse künftig nicht mehr staatlich finanziert werden, und zweitens will sie bei den übrigen Kursen nicht mehr nur den kantonalen Schulen und einigen privaten Trägern Geld zufließen lassen, sondern allen Schulen - privat oder staatlich - die Möglichkeit geben, für gewisse Lehrgänge von öffentlichem Interesse Staatsbeiträge zu erhalten.

### Für Sprachkurse künftig an Privatschulen

Nach heutigem Stand sehen die Pläne wie folgt aus: Kurse im Bereich der Allgemeinbildung sollen nach Ansicht der Bildungsdirektorin vom Kanton nicht mehr finanziell unterstützt werden. Dazu gehören laut Aeppli Kurse wie «Wer regiert die Schweiz?», «Verantwortungsvoll Geld anlegen» oder «Kommunikation zwischen Kulturen». Solche Lehrgänge werden derzeit im EB Zürich angeboten. Allgemeinbildung sei Sache der Grundbildung in der Volks-, Berufs- und Mittelschule, sagte Aeppli. Die kantonalen Berufsschulen dürfen solche Kurse zwar weiter anbieten, müssen aber den Teilnehmern künftig alle Kosten verrechnen. Heute müssten mit den Kursgebühren nur die Lehrerlöhne gedeckt werden, die etwa 60 Prozent der Kosten ausmachten. Selbst diese Limite erfüllen nicht alle Kurse.

Auch die Sprachkurse an den kantonalen Schulen sollen nicht mehr finanziert werden. Das hat der Regierungsrat kürzlich als eine Massnahme des neuen Sanierungspakets MHO6 beschlossen. In der am Donnerstag veröffentlichten Antwort auf eine Anfrage im Kantonsrat verweist der Regierungsrat darauf, dass für viele Berufe ohnehin obligatorischer Fremdsprachenunterricht in der beruflichen Grundbildung vorgesehen ist. Derzeit wird als Projekt in 43 Berufsschulklassen sogar teilweise zweisprachig unterrichtet. Und schliesslich werden an den Berufsschulen kostenlose Freifachkurse in Fremdsprachen angeboten; jeder Berufsschüler hat Anspruch auf vier Lektionen pro Woche. Die Freifachkurse bleiben bestehen. Die Kurse ausserhalb der Grundbildung verlieren jedoch die Unterstützung. Die Regierung rechnet bei dieser Massnahme sogar damit, dass der ganze Fachbereich Fremdsprachen an der EB Zürich aufgelöst werden muss. Für das Erlernen von Fremdsprachen stünden zahlreiche private Sprachschulen zur Verfügung, die Kurse zu moderaten Preisen anbieten, teilt sie mit. Ausnahme sind Sprachkurse im Bereich der Integration wie Deutsch für Fremdsprachige.

Hier will der Kanton weiterhin günstige Kurse anbieten.

### **Kriterienkatalog für Weiterbildungskurse**

Welche anderen Kurse sollen noch staatlich unterstützt werden? Für Aeppli sind es beispielsweise Informatikkurse und weitere Lehrgänge, die Fähigkeiten vermitteln, die vor allem im Beruf angewendet werden können. In diesen Bereichen - dies wäre die zweite Neuerung - will der Kanton Leistungsvereinbarungen mit privaten wie staatlichen Schulen abschliessen. Konkret bedeutet dies, dass der Staat nicht mehr ganze Schulen subventioniert, sondern gezielt Kurse finanziell unterstützt, die er als Teil des Service public erachtet. Diese Kurse könnten dann zu einem günstigen Preis angeboten werden. Die Schulen müssten allerdings gewisse Qualitätsansprüche erfüllen. Das Modell von Weiterbildungs-Gutscheinen, wie es im Kanton Genf praktiziert wird, erachtet Aeppli auf den ersten Blick als zu aufwendig.

Mit dieser Reform schaffe man für private Kursanbieter gleich lange Spiesse, erklärt Aeppli. Die Förderung der Weiterbildung geniesst ihrer Ansicht nach nur noch dann eine breite politische Unterstützung, wenn genau definiert wird, was der Staat mitfinanzieren will. Die grundsätzliche Entscheidung darüber - etwa über den Verzicht auf allgemeinbildende Angebote - wird der Kantonsrat zu fällen haben. Für den Entscheid über einzelne Kurse will Aeppli einen Kriterienkatalog ausarbeiten lassen. Die bevorstehende Umgestaltung sei keine Sparübung, sagt sie. Allerdings sei auch klar, dass der Kanton für die Weiterbildung nicht mehr Geld ausgeben könne als bisher.

**Diesen Artikel finden Sie auf NZZ Online unter:** <http://www.nzz.ch/2005/09/30/zh/articleD6RQ7.html>

Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG